

Kommunalwahlprogramm 2026

des FDP-Kreisverbands Schaumburg

Autor: FDP-Kreisverband Schaumburg

Schaumburg, August 2026

Inhaltsverzeichnis

1. KI zur Entbürokratisierung	1
2. Tierschutz	2
3. Arbeitspflicht für Asylbewerber	3
4. Bezahlbares Bauen und Wohnen	4
5. Mobilität und Öffentlicher Nahverkehr	5
6. Katastrophenschutz und Krisenvorsorge	6
7. Abfallwirtschaft und Müllentsorgung	7
8. Wirtschaftliche Entwicklung und Standortförderung	8
9. Frühkindliche Schwimmförderung	9
10. Bildung	10

1. KI zur Entbürokratisierung

Themenverantwortung: Ann-Kathrin de Moy, Marvin Koch

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bieten die Chance, Verwaltung einfacher, schneller und bürgernäher zu machen. Für die FDP Schaumburg ist dabei klar: Technik ist kein Selbstzweck. Sie muss den Menschen konkret Zeit sparen und Bürokratie reduzieren.

Wir wollen deshalb digitale Verwaltungsangebote konsequent ausbauen und Verfahren so gestalten, dass Anträge möglichst einfach, medienbruchfrei und ohne unnötige Mehrfachangaben bearbeitet werden können. Wo rechtlich und technisch möglich, sollen Daten nur einmal angegeben und für weitere Verfahren genutzt werden.

Künstliche Intelligenz soll gezielt dort eingesetzt werden, wo sie Beschäftigte entlastet - etwa bei wiederkehrenden Anfragen, der Vorsortierung von Vorgängen, Terminsteuerung oder internen Verwaltungsabläufen. Entscheidungen mit rechtlicher Wirkung müssen weiterhin nachvollziehbar und verantwortbar bleiben.

Gleichzeitig wollen wir digitale Kompetenzen stärken. Die VHS Schaumburg und weitere Bildungspartner können niedrigschwellige Angebote schaffen, die Bürgerinnen und Bürgern den sicheren und kritischen Umgang mit KI vermitteln.

Auch Schulen sollen beim verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Werkzeugen unterstützt werden. Der Landkreis kann dabei insbesondere über seine Schulträgerschaft, Ausstattung und ergänzende Bildungsangebote mitwirken.

Unser Ziel ist eine Verwaltung, die digital denkt, KI sinnvoll nutzt und den Bürgerinnen und Bürgern weniger Zeit für Bürokratie abverlangt.

2. Tierschutz

Themenverantwortung: Maximilian Krähmer

Die Tierheime in Bad Nenndorf/Rodenberg, Stadthagen und Bückeburg sowie die Wildtier- und Artenschutzstation Sachsenhagen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Tierschutz in unserer Region. Dabei unterscheiden sich Aufgaben, Finanzierung und Einzugsgebiete, die Einrichtungen stehen jedoch vielfach vor ähnlichen Herausforderungen: personelle Engpässe, hoher Verwaltungsaufwand, Investitionsbedarf und stark ausgelastete Kapazitäten.

Die FDP Schaumburg will deshalb gemeinsam mit allen Akteuren prüfen, wie der Tierschutz im Landkreis dauerhaft besser unterstützt und vernetzt werden kann.

Dabei sollen insbesondere gemeinsame Personalmodelle, Springerkräfte für Belastungsspitzen sowie Unterstützung bei Verwaltung, Fördermitteln und Bauvorhaben geprüft werden. Auch digitale und KI-gestützte Lösungen können helfen, wiederkehrende Aufgaben zu reduzieren und Fachkräfte zu entlasten.

Für uns ist klar: Die Wildtier- und Artenschutzstation gehört dabei ebenso an den Tisch wie die drei Tierheime. Entscheidend ist nicht die heutige Finanzierungsstruktur einer einzelnen Einrichtung, sondern wie durch Zusammenarbeit ein konkreter Mehrwert für den Tierschutz in Schaumburg geschaffen werden kann.

Unser Ziel ist ein leistungsfähiges Netzwerk, das vorhandene Strukturen stärkt, Synergien nutzt und den Menschen vor Ort wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe gibt: den Schutz und die Versorgung der Tiere.

3. Arbeitspflicht für Asylbewerber

Themenverantwortung: Maximilian Krähmer

Integration bedeutet Teilhabe - aber auch Verantwortung. Die FDP hat in Bad Nenndorf bereits früh ein Pilotprojekt für freiwillige gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Geflüchtete angestoßen. Ziel war es, Tagesstruktur zu schaffen, gesellschaftliche Kontakte zu fördern und gleichzeitig einen Beitrag für die Gemeinschaft zu ermöglichen.

Für die Zukunft wollen wir diesen Ansatz auf Kreisebene weiterentwickeln. Arbeitsfähige Leistungsberechtigte sollen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten stärker in verbindliche gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten eingebunden werden, solange sie keiner regulären Beschäftigung nachgehen.

Denkbar sind zusätzliche Tätigkeiten bei der Pflege öffentlicher Flächen, beim Beseitigen von Müll und wilden Ablagerungen, bei Veranstaltungen oder bei einfachen Arbeiten zur Unterstützung kommunaler Infrastruktur. Auch vorbereitende Arbeiten zur Starkregen- und Hochwasservorsorge können einbezogen werden, soweit sie fachlich geeignet und arbeitsschutzrechtlich zulässig sind.

Dabei gilt für uns: Diese Arbeitsgelegenheiten dürfen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Sie sollen zusätzliche Aufgaben erfüllen, gesellschaftliche Teilhabe fördern und Menschen dabei unterstützen, Strukturen des Arbeitslebens kennenzulernen.

Unser Grundsatz ist klar: Wer Unterstützung erhält, arbeitsfähig ist und noch keiner regulären Beschäftigung nachgeht, soll im Rahmen seiner Möglichkeiten auch einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten.

4. Bezahlbares Bauen und Wohnen

Themenverantwortung: Ann-Kathrin de Moy, Fabian Lüthje

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch immer neue Vorgaben, sondern vor allem dann, wenn Bauen wieder einfacher, schneller und wirtschaftlicher möglich wird.

Die FDP Schaumburg will deshalb unnötige Kostentreiber im Wohnungsbau abbauen. Bebauungspläne und kommunale Vorgaben sollen darauf überprüft werden, ob detaillierte Anforderungen an Gestaltung, Dachformen oder Gebäudestrukturen tatsächlich notwendig sind. Wo Kommunen eigene Grundstücke vergeben, sollte nicht allein der höchste Kaufpreis entscheiden, sondern auch, wie schnell und wirtschaftlich zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird.

Wir wollen zudem die Möglichkeiten des einfachen Bauens nach dem Prinzip des Gebäudetyps E nutzen und geeignete Pilotprojekte in Schaumburg unterstützen. Ziel ist es, auf überflüssige Standards zu verzichten, ohne bei Sicherheit und grundlegender Qualität Abstriche zu machen.

Gleichzeitig wollen wir Genehmigungs- und Planungsverfahren konsequent digitalisieren und beschleunigen. Gerade bei standardisierten und unkomplizierten Bauvorhaben müssen Verfahren verlässlich und zügig abgeschlossen werden.

Unser Grundsatz lautet: Der Landkreis soll nicht selbst zum großen Wohnungsbauer werden. Er soll dafür sorgen, dass private Investoren, Genossenschaften und Bauherren wieder einfacher und kostengünstiger neuen Wohnraum schaffen können.

5. Mobilität und Öffentlicher Nahverkehr

Themenverantwortung: Philipp Horstmann

Mobilität bedeutet Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade in einem Flächenlandkreis wie Schaumburg müssen Arbeitsplätze, Schulen, Ausbildungsstätten, Ärzte und Bahnhöfe zuverlässig erreichbar sein - unabhängig davon, ob jemand mit Auto, Bus, Bahn oder Fahrrad unterwegs ist.

Die FDP Schaumburg will den öffentlichen Nahverkehr stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Linien, Taktungen und Anschlüsse sollen regelmäßig überprüft und dort verbessert werden, wo im Alltag echte Verbindungslücken bestehen. Besonders wichtig sind zuverlässige Anschlüsse an die Bahnhöfe und eine bessere Verbindung zwischen den Städten und Gemeinden des Landkreises.

Wo klassische Linienbusse wenig wirtschaftlich sind, wollen wir flexible Angebote wie Rufbusse und On-Demand-Verkehre stärken. Nutzung, Buchung und Tarife müssen dabei einfach und verständlich bleiben.

Auch die Schülerbeförderung wollen wir weiterentwickeln und prüfen, ob ein Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler dauerhaft finanzierbar ist, ohne bestehende Busverbindungen zu gefährden.

Gleichzeitig bleibt das Auto für viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar. Kreisstraßen und Brücken müssen deshalb zuverlässig erhalten und notwendige Sanierungen nach Zustand und tatsächlichem Bedarf priorisiert werden. Sichere Radverbindungen wollen wir dort ausbauen, wo sie sinnvolle Lücken im Alltagsverkehr schließen.

Unser Ziel ist echte Wahlfreiheit bei der Mobilität: Verkehrsmittel sinnvoll miteinander verbinden, statt sie gegeneinander auszuspielen.

6. Katastrophenschutz und Krisenvorsorge

Themenverantwortung: Dr. med. Michael Richter

Große Schadenslagen treffen nicht nur Großstädte oder weit entfernte Regionen. Auch Schaumburg kann von Starkregen, Hochwasser, längerem Stromausfall oder anderen Krisen betroffen sein. Niemand kann vorhersagen, wann so etwas geschieht - aber wir können uns darauf vorbereiten.

Die FDP Schaumburg will deshalb gemeinsam mit Feuerwehren, DLRG, THW, Rettungsdiensten, Polizei und Kommunen prüfen, welche besonderen Gefahrenlagen im Landkreis bestehen und wo Vorsorge verbessert werden kann.

Daraus soll eine verständliche Schaumburger Gefahren- und Vorsorgeübersicht entstehen. Bürgerinnen und Bürger sollen schnell erkennen können, welche Risiken vor Ort bestehen, was Sirenensignale bedeuten, welche Warnsysteme genutzt werden, wo im Notfall Informationen erhältlich sind und welche einfachen Vorbereitungen jeder Haushalt treffen kann.

Die umfangreichen Empfehlungen des Bundes wollen wir dafür auf das Wesentliche für Schaumburg herunterbrechen: kurz, verständlich und alltagstauglich.

Auch praktische Vorsorgemaßnahmen wie Kinderfinder, Rauchmelder, Notfallkontakte und örtliche Anlaufstellen sollen stärker bekannt gemacht werden.

Unser Grundsatz ist klar: Besser vorbereitet sein, als darauf zu hoffen, dass nichts passiert.

7. Abfallwirtschaft und Müllentsorgung

Themenverantwortung: Maximilian Krähmer

Saubere Städte und Gemeinden beginnen mit einer unkomplizierten und bürgerfreundlichen Abfallentsorgung. Wer kleinere Mengen Abfall ordnungsgemäß zu einem Recyclinghof bringt, sollte dafür möglichst keine zusätzlichen Hürden haben.

Die FDP Schaumburg will deshalb prüfen, ob private Haushalte künftig bis zu einen Kubikmeter geeigneter Abfälle kostenfrei an den Recyclinghöfen und Entsorgungsanlagen der AWS abgeben können. Vorbild ist die Region Hannover, wo kleinere Sperrabfallmengen bereits kostenfrei auf Wertstoffhöfen angenommen werden.

Eine solche Regelung kann die ordnungsgemäße Entsorgung erleichtern, Bürger entlasten und zugleich dazu beitragen, wilde Müllablagerungen unattraktiver zu machen.

Vor einer Umsetzung wollen wir gemeinsam mit der AWS klären, welche Abfallarten einbezogen werden können, welche Kosten entstehen und wie eine einfache und missbrauchssichere Regelung ausgestaltet werden kann.

Unser Ziel ist eine Abfallwirtschaft, die bürgerfreundlich, sauber und unkompliziert funktioniert.

8. Wirtschaftliche Entwicklung und Standortförderung

Themenverantwortung: Maurice Raab, Nico de Moy

Schaumburg braucht gute Bedingungen für Unternehmen, Handwerk, Selbstständige und Gründer. Wirtschaftliche Entwicklung entsteht dort, wo Investitionen möglich sind, Verfahren funktionieren und moderne Arbeitsformen Platz haben.

Die FDP Schaumburg will deshalb Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren beschleunigen, digitale Anträge ausbauen und Unternehmen bei Ansiedlung, Erweiterung und Nachfolge besser begleiten. Wer investieren und Arbeitsplätze schaffen will, soll nicht an unnötiger Bürokratie scheitern.

Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns der Ausbau von Co-Working-Strukturen im Landkreis. Flexible Arbeitsorte können Pendelwege verkürzen, Gründern und Selbstständigen professionelle Arbeitsplätze bieten und leerstehende Gebäude sinnvoll neu nutzen. Gleichzeitig schaffen gemeinsame Arbeitsorte Räume für Austausch, neue Geschäftskontakte und Kooperationen zwischen Selbstständigen, jungen Unternehmen und etablierten Betrieben.

Wir wollen deshalb gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaftsförderung und privaten Anbietern prüfen, wo solche Angebote besonders sinnvoll sind und wie bestehende Räume dafür aktiviert werden können. Co-Working soll dabei nicht nur Arbeitsplatz sein, sondern auch ein Ort der Vernetzung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Gleichzeitig wollen wir bestehende Gewerbestandorte weiterentwickeln und neue Flächen dort ermöglichen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll und infrastrukturell tragfähig sind.

Bei öffentlichen Vergaben sollen kleine und mittlere Unternehmen aus der Region faire Zugangschancen erhalten, soweit dies rechtlich möglich ist.

Unser Ziel ist ein Landkreis, der Gründung, Wachstum und moderne Arbeit ermöglicht - mit weniger Bürokratie, guten Standorten und starken Netzwerken.

9. Frühkindliche Schwimmförderung

Themenverantwortung: Maximilian Krähmer, Ann-Kathrin de Moy

Schwimmen zu können ist keine Freizeitfrage, sondern eine wichtige Grundkompetenz. Gleichzeitig sind Schwimmkurse vielerorts stark nachgefragt und Plätze nicht immer kurzfristig verfügbar.

Die FDP Schaumburg will deshalb frühkindliche Wassergewöhnung und Schwimmförderung stärker mit den Kindertagesstätten verbinden. Gemeinsam mit interessierten Kitas, DLRG, Schwimmbädern und weiteren Partnern wollen wir zunächst Pilotprojekte entwickeln, bei denen Kinder bereits vor der Einschulung regelmäßig Erfahrungen im Wasser sammeln können.

Dafür sollen interessierte pädagogische Mitarbeitende bei geeigneten Zusatzqualifikationen unterstützt werden. Die DLRG bietet mit dem Ausbildungsassistenten Schwimmen bereits eine Qualifikation an, mit der unter fachlicher Aufsicht Schwimmgruppen begleitet und vorbereitende Schwimmprüfungen unterstützt werden können.

Die notwendigen Fortbildungen sollen im Rahmen solcher Pilotprojekte unterstützt und finanziert werden. Gleichzeitig wollen wir vorhandene Schwimmbadkapazitäten insbesondere zu Zeiten nutzen, in denen sie für solche Angebote zur Verfügung stehen.

Unser Ziel ist, dass möglichst viele Kinder bereits vor der Einschulung sicher mit Wasser umgehen können und die Chance erhalten, das Seepferdchen zu erwerben. So schaffen wir bessere Voraussetzungen dafür, dass später auch das sichere Schwimmen weiterentwickelt werden kann.

Unser Grundsatz: Schwimmenlernen darf nicht vom Zufall oder einem freien Kursplatz abhängen.

10. Bildung

Themenverantwortung: Philipp Horstmann

Digitale Ausstattung ist kein Selbstzweck. Geräte, Software und Präsentationstechnik müssen im Unterricht tatsächlich benötigt und sinnvoll eingesetzt werden können.

Die FDP Schaumburg will deshalb gemeinsam mit den Schulen die vorhandene Ausstattung, ihre tatsächliche Nutzung und den weiteren Bedarf erfassen. Dabei sollen auch laufende Kosten für Lizenzen, Administration, Reparaturen und technischen Support berücksichtigt werden.

Statt den Landkreis dauerhaft auf einen Hersteller oder ein Betriebssystem festzulegen, wollen wir Technologieoffenheit und Wahlmöglichkeiten stärken. Schulen und Lehrkräfte sollen in Abstimmung mit der Schul-IT aus einem überschaubaren Pool geeigneter und miteinander kompatibler Geräte die passende Lösung auswählen können. Gemeinsame Standards brauchen wir bei Datenschutz, Geräteverwaltung, Dateiformaten und technischen Schnittstellen - nicht beim Markennamen.

Auch die Präsentationstechnik in den Klassenräumen muss herstellerunabhängig funktionieren. Bildschirme und digitale Tafeln sollen sowohl kabellos als auch über gängige Kabelverbindungen mit unterschiedlichen Geräten genutzt werden können. Offene und Linux-basierte Systeme sollen dabei fair berücksichtigt werden.

Ergänzend wollen wir praktische Informatik- und MINT-Angebote stärken. Über das Medienzentrum und interessierte Schulen sollen Lernsysteme wie Raspberry Pi, Mikrocontroller, Sensoren und Robotiktechnik für Unterrichtsprojekte bereitgestellt werden.

Unser Grundsatz lautet: Die Technik muss sich dem Unterricht anpassen - nicht der Unterricht einem Hersteller.